

## China und die Welt

### Prämissen, Interessen und Maximen chinesischer Außen- und Sicherheitspolitik

*Sven Bernhard Gareis*

Nach mehr als 25 Jahren seines Öffnungs- und Reformprozesses agiert die Volksrepublik China als *global player* auf der internationalen Bühne. Zwar war das Land auch zuvor schon mit seinen 1,3 Milliarden Einwohnern, seinen rund 2,5 Millionen Soldaten zählenden Streitkräften und seinem Nuklearwaffenpotenzial sowie auch als Ständiges Mitglied des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen ein Faktor, der nicht vernachlässigt werden konnte. Doch erst sein dauerhaftes Wachstum um durchschnittlich acht Prozent im Jahr ermöglicht es China, seine politische Rolle auch ökonomisch zu untermauern. China dominiert heute in vielen Produktbereichen den Weltmarkt und tritt in zunehmender Weise im Wettlauf um Rohstoffe und Energie als Konkurrent der etablierten Industriemächte auf.

### Isolation und Öffnung

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts ist China vergleichsweise fest in das internationale System integriert, was indes keineswegs immer der Fall war. Vielmehr hatte sich *zhong guo*, das Reich der Mitte, durch die Jahrhunderte hindurch als ein Idealstaat verstanden, welcher zusammen mit einem Kordon mehr oder weniger sinisierter Tribut- und Vasallenstaaten die gesamte zivilisierte Welt zu umfassen beanspruchte (*tianxia*, alles unter dem Himmel) und der durch den Kaiser als Sohn des Himmels (*tianzi*) geführt wurde. Ein Außenministerium gab es nicht, feste Beziehungen waren im wesentlichen zu den Tributstaaten etabliert, hierarchisch geordnet, hochformalisiert und wurden demzufolge durch das so genannte Ritenministerium (*li bu*) wahrgenommen. Jenseits der Grenzen des Reiches der Mitte und seiner Peripherie lebten nach chinesischer Auffassung Barbaren, von denen es sich fernzuhalten bzw. die es gegeneinander auszuspielen galt. Noch in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, als China in den Opiumkriegen längst durch die westlichen Mächte gewaltsam aufgebrochen und teilweise besetzt war, gab es mit dem „Großen Rat“

(*zongli yamen*) zwar eine für auswärtige Angelegenheiten zuständige Instanz, die jedoch vornehmlich damit befasst war, den Hof in Beijing nicht mit derartigen Schwierigkeiten zu behelligen.<sup>1</sup>

Seine Selbstzentriertheit und Selbstgenügsamkeit hatten China über lange Zeiträume hinweg daran gehindert, zu anderen Staaten Beziehungen zu unterhalten, die den Anforderungen eines modernen internationalen Systems entsprachen. Auch die 1949 gegründete Volksrepublik blieb während der Ära Mao Zedongs sprunghaft, wenig berechenbar und in der Folge eher isoliert. Innerhalb von rund zwei Jahrzehnten wechselte China seine geopolitische Position gleich mehrfach: So sah sich das Land zunächst an der Seite der Sowjetunion dem sozialistischen Lager zugehörig (Zwei-Lager-Theorie), bevor diese Verbindung dann 1960 endgültig zerbrach. Ausschlaggebend für den Bruch mit der Sowjetunion waren unüberbrückbare ideologische Gegensätze zwischen Mao und Chruschtschow über die Ordnung der Welt und die Unvermeidbarkeit eines Weltkrieges zur Durchsetzung des Sozialismus, die Beschießungen zu Taiwan gehöriger Inseln in der Formosa-Straße durch die Volksrepublik in den 1950er Jahren und schließlich das Zerwürfnis über den „Großen Sprung nach vorne“, durch den sich China vom sowjetischen Vorbild der sozialistischen Modernisierung abkoppeln wollte. Dann führte Chinas Versuch, eine unabhängige Außenpolitik in den „Zwischenzonen“ zwischen den USA und der UdSSR zu gestalten, während der 1960er Jahre zum Konflikt mit beiden Supermächten und in die weitere Isolation. Die revolutionäre Idee der „Einkreisung der Weltstädte durch die Weltdörfer“, mit der Verteidigungsminister Lin Biao 1965 die Volksrepublik an die Spitze einer Bewegung der Entwicklungsländer gegen den Imperialismus setzen wollte, zerrann in der unmittelbar danach einsetzenden „Großen Proletarischen Kulturrevolution. Eine Überwindung dieser Isolation gelang erst, nachdem sich China auf Betreiben von Premierminister Zhou Enlai ab 1969 enger an die USA anlehnte. Der entscheidende Durchbruch kam mit der Aufnahme des Landes in die Vereinten Nationen im Oktober 1971, welche die USA – wenn auch widerwillig – akzeptierten. Die Generalversammlung schloss Nationalchina (Taiwan) aus, die Volksrepublik übernahm neben der VN-Mitgliedschaft auch den Ständigen Sitz im Sicherheitsrat. Die formelle Gleichberechtigung mit den anderen großen Mächten existierte indes angesichts der Dauerblockade des Sicherheitsrates durch den Ost-West-Konflikt vor allem auf dem Papier. Der neue Status aber führte mit einer Welle neuer diplomatischer Beziehungen (darunter 1972 mit der Bundesrepublik Deutschland und Japan) zu einer festeren Einbindung Chinas in die Welt. Wiederum – und letztmals – versuchte die Volksrepublik mit der 1974 präsentierten „Theorie der Drei Welten“ das System der internationalen Beziehungen in einem zwingenden theoretischen Ordnungsrahmen zu erfassen: Nach dieser Sichtweise stellten die beiden Supermächte USA und UdSSR die erste, die übrigen entwickelten Länder die zweite und die Entwicklungsländer (unter Einschluss Chinas) die schließlich die dritte Welt dar.

Nach der Öffnung des Landes 1979 setzte sich jedoch auch in der Außenpolitik schrittweise ein Pragmatismus dergestalt durch, dass die Theorie sich an der Realität zu bewähren habe. Insgesamt war die chinesische Außenpolitik in den 1980er Jahren dann von dem Versuch geprägt, sowohl mit der Sowjetunion wie auch den USA gute, gleichwohl aber distanzierte Beziehungen zu unterhalten.<sup>2</sup> Die Tragödie auf dem Tiananmen-Platz im Juni 1989 warf diesen Kurs gegenseitiger Annähe-

rung insbesondere bei den westlichen Demokratien zeitweilig zurück. Seit den 1990er Jahren waren dann aber die Beziehungen zwischen China und den europäischen Staaten sowie den USA trotz immer wiederkehrender Irritationen über die seit 1989 verstärkt thematisierte Menschenrechtsproblematik durch gegenseitigen Pragmatismus und Willen zur Kooperation gekennzeichnet.

Der Wiederaufstieg Chinas ins Zentrum der Welt nach über einem Jahrhundert des Niedergangs und nach fast drei chaotischen Jahrzehnten unter Mao Zedong begann mit einer innenpolitischen Weichenstellung. 1978 setzte sich Deng Xiaoping auf einer Plenartagung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) mit einer Linie durch, welche ein „System der Eigenverantwortung“ (*chengbaozhi*) in den Mittelpunkt staatlicher Politik stellte.<sup>3</sup> Die daraufhin explosionsartig sich ausbreitende Privatwirtschaft bedurfte rasch ausländischer Unterstützung, in Form von Investitionen als auch von Absatzmärkten für die Produkte. Den Reformen (*gaige*) im Inneren folgte zwingend die Öffnung (*kaifang*) nach außen.

## Integration in das internationale System

Mehr als zwanzig Jahre später wird die Einbindung Chinas in das internationale System der entwickelter Industriestaaten immer ähnlicher. 2004 unterhält das Land diplomatische Beziehungen zu 165 Staaten, verglichen mit 113 im Jahre 1978. In den 1970er Jahren gehörte China 21 zwischenstaatlichen Organisationen an, zu Beginn des neuen Jahrhunderts sind es über fünfzig. Neben dem verstärkten Engagement in internationalen Organisationen (Vereinte Nationen, Welthandelsorganisation) bzw. Foren (ASEAN Regionalforum, ASEAN plus 1, ASEAN plus 3, APEC etc.) ist die Volksrepublik in vielfältigster Weise ins globale Wirtschaftssystem integriert. Machte zu Mao Zedongs Zeiten der Außenhandel noch rund 10 Prozent des ohnehin kargen Bruttoinlandsproduktes aus, erreichte er Ende 2002 ein Gesamtvolumen von 620 Milliarden US-Dollar und umfasste somit mehr als die Hälfte des chinesischen Brutto-Inlandsproduktes von rund 1,2 Billionen Dollar. 2001 konnte China seinen Wettkampf mit den USA um den ersten Platz beim *Foreign Direct Investment* (FDI) mit 47 Milliarden Dollar erstmals für sich entscheiden<sup>4</sup> und im folgenden Jahr das realisierte FDI nochmals um 14 Prozent auf 52,7 Milliarden Dollar steigern. Seit Beginn der 1990er Jahre sind so mehr als 400.000 *Foreign Invested Enterprises* (FIE) entstanden, die insgesamt 440 Milliarden Dollar ins Land brachten.<sup>5</sup> Chinesische Produkte sind weltweit auf allen Märkten und in vielen Sparten präsent, eine Reihe chinesischer Unternehmen ist inzwischen transnational tätig. Der rasch voranschreitende Prozess der Privatisierung der chinesischen Volkswirtschaft (derzeit wird mehr 50 Prozent des Bruttoinlandsproduktes durch private Unternehmen erwirtschaftet) macht eine weitere und intensivere globale Verflechtung unumgänglich. Zugleich jedoch – und dieser Widerspruch wird die Situation China noch einige Zeit prägen – ist das Land noch immer der größte Empfänger von Entwicklungshilfen weltweit.

China ist in zahlreiche internationale Vertragsregime eingetreten, darunter – wenn auch mit Vorbehalten – in den Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte. Dagegen lässt die Ratifizierung eines weiteren elemen-

taren Menschenrechtspaktes, dem über die bürgerlichen und politischen Rechte weiter auf sich warten. Die weiterhin prekäre Lage der Menschenrechte in China bleibt jedoch auf der Grundlage derartiger Verträge und im Rahmen eines internationalen Rechtsdialoges (etwa mit den USA aber auch mit Deutschland) zumindest auf der Agenda.

Auch im sicherheitspolitischen Bereich hat China seine Isolation aufgebrochen. China ist Mitglied im Atomwaffensperrvertrag, der Konvention über biologische Waffen, die Ratifizierung des 1996 unterzeichneten Atomteststopvertrages zieht sich dagegen hin. Die Volksbefreiungsarmee (VBA) unterhält militärdiplomatische Kontakte zu mehr als einhundert Ländern. Im ihrem Ende 2002 veröffentlichten Weißbuch widmet die Volksrepublik ihrer Beteiligung an der internationalen Sicherheitskooperation sowie der Waffenkontrolle und der Abrüstung jeweils ein Kapitel.<sup>6</sup> Militärische Austauschprogramme mit zahlreichen Staaten in allen Weltregionen sind auch für die VBA längst zur Regel geworden.

Chinas Öffnung und Einbindung ins internationale System hat seine Entwicklungsmöglichkeiten wie auch seine außenpolitische Handlungsfähigkeit deutlich gesteigert. Zugleich aber erodiert auch in China die Vorstellung uneingeschränkter staatlicher Souveränität. Zwar kann trotz der engen Angewiesenheit auf die globale Wirtschaft von einem ökonomischen Determinismus für die chinesische Außenpolitik nicht gesprochen werden. Dazu liegt deren strategische Ausrichtung weiterhin zu fest in den Händen einer kleinen politischen Elite, die durchaus zu autonomen und gegebenenfalls (aus westlicher Perspektive) auch irrationalen Entscheidungen befähigt bleibt. Aber das internationale System erlegt China zunehmende Handlungszwänge auf, die es um den Preis seines erfolgreichen Transformationsprozesses im Inneren nicht übergehen kann.<sup>7</sup>

## Interessen und Handlungsmaximen

Was seine Interessenagenda angeht, bleibt China trotz fortschreitender globaler Verflechtung stark auf sich selbst konzentriert. Im Mittelpunkt steht die Aufrechterhaltung bzw. die Wiederherstellung der nationalen Einheit – ein jedoch nur auf den ersten Blick internes Problem. Nach der „Heimkehr“ Hongkongs (1997) und Macaos (1999) steht vor allem die Taiwan-Frage ganz oben auf der nationalen Prioritätenliste. Zwar besteht die Volksrepublik darauf, dass es sich bei dieser Problematik um eine innere Angelegenheit handle, angesichts der engen Verbindung Taiwans mit den USA sind die weltpolitischen Dimensionen dieser Frage evident. Doch auch die als Kampf gegen Fundamentalismus und/oder Separatismus bezeichneten Vorgehensweisen in westchinesischen Autonomieregion Xinjiang und auch Tibet werfen vor allem im Menschenrechtsbereich von Fragen von internationalem Belang auf. Nicht zuletzt ist auch der für den Zusammenhalt des Landes unverzichtbare Erfolg des internen Transformations- und Modernisierungsprozesses mit einigen wesentlichen außenpolitischen Implikationen versehen.

Bezüglich seiner im engeren Sinne außenpolitischen Interessen ist China vornehmlich an der Herstellung eines stabilen und sicheren Umfeldes in seiner Peripherie interessiert, in dem wirtschaftliches Kooperations gedeihen kann. Im globalen

Kontext dürfte das strategische Ziel der Volksrepublik in der langfristigen Perspektive nach wie vor in der Herstellung einer multipolaren Weltordnung bestehen, in der die Großmächte ihre Beziehungen so zueinander bestimmen, dass die jeweiligen regionalen Hegemonialphären respektiert werden.

Zu den offiziellen Handlungsmaximen, die als Kernbestand der außenpolitischen Programmatik Chinas die verschiedenen Volten des Landes in seinen internationalen Beziehungen überdauerten, gehören nach wie vor neben dem Grundsatz der strikten Allianzfreiheit vor allem die „Fünf Prinzipien der Friedlichen Koexistenz“:

- Gegenseitige Achtung der territorialen Integrität und Souveränität
- Gegenseitiger Nichtangriff
- Gegenseitige Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten
- Gleichberechtigung
- Gegenseitiger Nutzen

1954 von Premierminister Zhou Enlai vorgestellt, gelten diese fünf Prinzipien nach wie vor als das Grundmuster Chinas für die Etablierung zwischenstaatlicher Beziehungen. Kernstück dieser Prinzipien ist die unantastbare nationale Souveränität, die China auch gegenüber anderen Staaten stets weitestgehend respektiert, vor allem aber für sich selbst umso nachdrücklicher einfordert. Diese Fixierung auf das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten ist ein noch immer vorhandener Reflex auf die Erfahrungen des Semikolonialismus und der Besatzungszeit des von China so empfundenen „Jahrhunderts der Schande“ (*bai nian chi ru*) zwischen 1840 und 1949. Das Festhalten an den Fünf Prinzipien, die in der Staatsverfassung von 1982 verankert sind, wurde auch auf dem 16. Parteitag noch einmal bekräftigt,<sup>8</sup> obwohl die Aufrechterhaltung der unantastbaren Souveränität angesichts des rasant voranschreitenden Prozesses der Öffnung und Einbindung des Landes ins internationale System mehr und mehr zur Fiktion wird.

Vor diesem Hintergrund changieren die Rhetoriken, in welche die praktische Politik des Landes gekleidet wird. Wurden vor wenigen Jahren noch bilaterale Arrangements bevorzugt (was das gegenseitige Ausspielen der verschiedenen Partner erleichterte), so wird in der jüngsten Zeit ganz auf Frieden, Freundschaft und Multilateralismus gesetzt.<sup>9</sup> Unilateralismus oder ein asymmetrischer Bilateralismus werden demgegenüber strikt abgelehnt. Die Einbindung in feste Bündnisse lehnt China weiterhin ab, und setzt dafür auf eher lose Verbindungen wie die *Shanghai Cooperation Organisation* (SCO), durch welche die chinesische Entscheidungs- und Handlungsfreiheit nicht zu stark eingeschränkt wird. China legt besonderen Nachdruck auf eine Stärkung kollektiver Sicherheitsmechanismen und hier besonders des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, in dem es als Vetomacht über einiges Gewicht verfügt. Ein von China propagiertes „*New Security Concept*“ stellt die folgenden vier Punkte in den Mittelpunkt:

- Gegenseitiges Vertrauen als Basis dieses Konzepts soll durch die Überwindung ideologischer Gegensätze sowie die Abkehr von Machtpolitik und gegenseitiger Feindschaft erreicht werden.

- Gegenseitiger Nutzen als Ziel der neuen Sicherheitsvorstellungen stellt sich in der Abkehr von absoluter Sicherheit für einzelne Mitglieder des globalen Systems und eine Hinwendung zur gemeinsamen Sicherheit für alle Staaten ein.
- Gleichheit auf der Basis der Fünf Prinzipien der Friedlichen Koexistenz dient der Gewährleistung von Sicherheit.
- Koordination ist der Prozess der Schaffung von Sicherheit. Er vollzieht sich multilateralen Gremien und Foren, bilateralen Gesprächen, auch informellen Expertendialogen.

Dieses „Konzept“ ist als offizielle Positionsbestimmung zwar nicht publiziert worden, wird aber auf der Ebene der politischen und militärischen Führung des Landes nachdrücklich vertreten und findet sich in seinen grundsätzlichen Dimensionen auch in zahlreichen offiziellen Verlautbarungen und Publikationen wieder.<sup>10</sup>

Die Praxis des außenpolitischen Verhaltens Chinas stellt sich indes differenzierter, insgesamt aber als deutlich weniger idealistisch als im oben genannten Konzept dar. So tritt China im Verhältnis zu den Staaten in seiner unmittelbaren Nachbarschaft im Bereich der ASEAN, Südkorea, Japan, Zentralasien und auch Indien durchaus konstruktiv und pragmatisch auf und ist auch an tragfähigen bi- oder multilateralen Arrangements interessiert, solange diese nicht allzu dauerhaft und bindend sind. Diese Rolle fällt China umso leichter, als weitgehende Interessenskongruenzen mit seinen Nachbarn bezüglich eines stabilen regionalen Fundaments für die wirtschaftliche Entwicklung bestehen. Hierhinter treten latente und tieferliegende Konflikte zumindest für die überschaubare Zeit zurück. Zudem beginnen sich eine Reihe von Anrainern darauf einzustellen, dass China eines Tages ohnehin der regionale Hegemon sein wird.

Im globalen Kontext verhält sich China dagegen einerseits abwartend und reaktiv, ist aber andererseits für Kompensationsgeschäfte offen, solange die zu bewältigenden Probleme keine „Taiwan-Relevanz“ aufweisen. Tatsächlich lehnt sich China zumeist an die herrschenden Machtverhältnisse an, auch wenn es in den zurückliegenden Jahren wiederholt den Konflikt mit den USA nicht gemieden hat. Im Sicherheitsrat jedoch hat die Volksrepublik noch so gut wie jede Entscheidung, wenn auch mitunter durch duldende Enthaltung, mitgetragen. Auch in der Irak-Auseinandersetzung 2002/03 erfolgte eine klare Positionierung erst, nachdem das Vorgehen der USA auf energischen Widerstand in Deutschland, Frankreich und Russland gestoßen war. Allein in zwei Fällen legte Beijing ein Veto ein – gegen VN-Missionen in Ländern, die diplomatische Beziehungen zu Taiwan unterhielten.<sup>11</sup>

In einigen Fragen von globalem Belang ist die Volksrepublik jedoch immer wieder auch an den Möglichkeiten eines *free rides* interessiert: So wurde beispielsweise der im Dezember 2001 durch US-Präsident Bush verkündete Rückzug aus dem (bilateralen) ABM-Vertrag in China trotz der russischen Bereitschaft zu einem Übereinkommen mit Washington als Gefährdung der globalen Stabilität bewertet. Allerdings stehen hinter der öffentlich verkündeten Sorge um die weltweite Sicherheit vor allem Befürchtungen um eine Entwertung des eigenen atomaren Dispositivs, welches unter den Vorzeichen der Verwundbarkeit der beiden Supermächte sehr klein gehalten werden konnte. Hinzu kommen Sorgen um die Einbeziehung Japans und Taiwans in den amerikanischen Schutzschirm, was wiederum

Chinas relatives Gewicht in der Region verringern könnte. Im Falle einer umfassenden Verwirklichung des amerikanischen *Missile Defense Systems* könnte sich China vor die Notwendigkeit gestellt sehen, seine atomare Strategie neu zu überdenken.<sup>12</sup>

Zu den Eigenheiten chinesischer Politik auf der globalen Ebene gehört auch, dass das Land zwar seine Berücksichtigung und Mitsprache in kollektiven Gremien wie dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen stets nachdrücklich einfordert, sich aber bezüglich seines eigenen Engagements deutlich zurückhält. So unterstrich die chinesische politische Elite stets die besondere Bedeutung konsensualer Friedenssicherungsmechanismen, hat aber in den zurückliegenden Jahrzehnten nur vergleichsweise symbolische militärische Beiträge zu *Peacekeeping*-Missionen der Vereinten Nationen erbracht.<sup>13</sup> China sah sich daher zunehmend mit Forderungen nach einem verstärkten regional- und globalpolitischen Engagement im Bereich Frieden und Sicherheit konfrontiert.<sup>14</sup> Mit erkennbaren Schritten bewegt sich China seit einiger Zeit in diese Richtung. Im Frühjahr 2002 überreichte die Volksrepublik eine so genannte *list of capabilities* an die Hauptabteilung Friedenssicherung bei den Vereinten Nationen in New York. China erklärt sich damit bereit, unter näher zu bestimmenden Bedingungen Sanitäts-, Logistik- und Pionierkräfte für VN-Friedensmissionen zur Verfügung zu stellen. Die Abgabe einer derartigen Liste stellt zwar die niedrigste Stufe einer Einbindung in die Verfügungsbereitschaftsabkommen der Vereinten Nationen dar, zumindest aber ist ein Anfang gemacht. Innerhalb der politischen und militärischen Führung Chinas scheint auch die Bereitschaft zu wachsen, sich aktiv in den UN-Rahmen einzubringen und auch ein Ausbildungszentrum für VN-Missionen im Bereich der VBA zu schaffen.<sup>15</sup> Im Sommer 2003 eröffnete die Volksrepublik in Langfang, südlich von Beijing, das asienweit größte Trainingslager, in dem Zivilpolizeikräfte auf VN-Friedenseinsätze vorbereitet werden. Fünfzig der 250 Ausbildungsplätze sind für ausländische Teilnehmer vorgesehen. In 15 der insgesamt 16 laufenden Friedensoperation beteiligen sich rund 1.000 chinesische Soldaten bzw. Zivilpersonen (Stand Oktober 2004). Die Übernahme größerer Beiträge und Lasten im Rahmen internationaler Engagements wird für Volksrepublik auch für die Zukunft unumgänglich sein, wenn sie dauerhaft als gleichberechtigter Partner auf der globalen Ebene Gehör finden will. Dieser Zusammenhang zwischen Integration und Engagement wird von Chinas politischer Elite immer klarer erkannt und in Taten umgesetzt.

## Die Rolle der Streitkräfte

Mit den fast 2.5 Millionen Soldaten seiner Volksbefreiungsarmee verfügt China über eines der zahlenmäßig größten Militärpotenziale der Welt. Die Streitkräfte werden durch die Zentrale Militärkommission (ZMK) der Volksrepublik China, die personell mit der ZMK der Kommunistischen Partei identisch ist, gesteuert.<sup>16</sup> Ihr Vorsitzender ist seit September 2004 der neue Partei- und Staatschef Hu Jintao, der somit alle Fäden der Macht in seinen Händen hält. Alle zehn militärischen Mitglieder der ZMK wurden vom Zentralkomitee der KPCh erstmals in dieses Führungsgremium entsandt.

Der ZMK unterstehen direkt die vier Hauptabteilungen der Volksbefreiungsarmee: Generalstab, Politische Abteilung, Logistikabteilung und Rüstungsabteilung, die von je einem ZMK-Mitglied geführt werden. Das Verteidigungsministerium hat keinerlei politische oder militärische Führungsaufgaben, sondern bleibt auf protokollarische und administrative Funktionen beschränkt. Wirklichen politischen Einfluss zieht der Verteidigungsminister nur aus seiner Position als einer der stellvertretenden ZMK-Vorsitzenden.

Die VBA gliedert sich in vier Teilstreitkräfte:

- die Landstreitkräfte mit einer Stärke von rund 1.7 Millionen Soldaten
- die Luftwaffe mit einer Stärke von rund 350.000 Soldaten
- die Marine mit einer Stärke von rund 220.000 Soldaten sowie
- die „Zweite Artillerie“, die atomare Raketentruppe, mit einer Stärke von rund 125.000 Soldaten

Des weiteren gehören die Bewaffnete Volkspolizei mit rund einer Million Beamten sowie die Miliz (eine aus der Zivilbevölkerung rekrutierte Reservearmee) zu den bewaffneten Kräften der Volksrepublik China unter dem Kommando der ZMK.

Trotz ihrer beeindruckenden Größe bestätigt die VBA durchaus die defensive Rhetorik der chinesischen Staatsführung bezüglich der Orientierung ihrer Außen- und Sicherheitspolitik. Die VBA ist hinsichtlich ihres strukturellen Zuschnitts, ihrer Ausstattung, vor allem aber auch der Ausbildung ihres Personals kaum in der Lage in absehbarer Zeit *power projection* in einem größerem Ausmaß, über weitere Distanzen und längere Zeiträume hinweg zu leisten. Die Ausrüstung ist weitgehend veraltet, in den moderner ausgestatteten Verbänden etwa der Luftwaffe hängt die Ausbildung hinter den technischen Möglichkeiten zurück. Der künftige Modernisierungsschwerpunkt liegt auf Luftwaffe und Marine. Bei der Ausstattung dieser Teilstreitkräfte soll – nach jahrelangen Zukäufen insbesondere aus Russland – mehr und mehr auf Eigenentwicklung und -produktion übergegangen werden. Das nukleare Dispositiv ist klein, die (zwischen Experten und Instituten stark schwankenden) Schätzungen gehen von bis zu 500 Sprengköpfen aus, rund die Hälfte davon soll für den strategischen Einsatz tauglich sein. Dieses Potential reicht für eine defensive Minimalstrategie aus, die einen möglichen Angreifer mit der Androhung eines nuklearen Zweitschlages abzuschrecken trachtet.

Angesichts der Belastungen durch den laufenden Transformationsprozess, die ohnehin über Schulden finanzierten Infrastrukturausgaben und nicht zuletzt die immensen sozialen Kosten des Reformprozesses steht die Modernisierung der Streitkräfte nicht an erster Stelle der chinesischen Prioritätenliste. Dabei verzeichnet der Verteidigungshaushalt durchaus beachtliche Steigerungen: Das (offiziell genannte) Budget stieg von 120.7 Mrd. Yuan (rd. 15.1 Mrd. Dollar) im Jahre 2000 um mehr als die Hälfte auf 185,3 Mrd. Yuan (rd. 23.2 Mrd. Dollar) im Jahr 2003 an. Ein erheblicher Teil dieser Steigerungen geht über Gehaltserhöhungen und soziale Verbesserungen für die VBA-Angehörigen in den Personalbereich, in die Kompensation von Einnahmen aus der mittlerweile verbotenen privatwirtschaftlichen Betätigung der Streitkräfte und in die Instandhaltung und Modernisierung von Infrastruktur und Ausrüstung. Gleichwohl dürfte bei allem zur Schau getragenen Bemühen um Transparenz der Militärausgaben der offiziell ausgewiesene Verteidigungshaushalt der kleinere Anteil der tatsächlich aufgewendeten Mittel sein.

Die Ziele und Vorgaben der nationalen Verteidigung im Weißbuch 2002 umfassen neben der klassischen Abschreckung eines Angriffskrieges vor allem auch die Aufrechterhaltung der Einheit des Landes sowie die Abwehr von innerer Subversion. Während im Bereich dieser „inneren Aufgaben“ die allgegenwärtige Bewaffnete Volkspolizei insbesondere gegen so genannten „Extremismus“, „Fundamentalismus“ oder „Untergrabung der sozialen Ordnung“ vom „*East Turkestan Movement*“ über Falungong bis hin zu Arbeiterunruhen mit erheblicher Härte vorgeht, sind die Aufgaben der VBA vor allem auf Taiwan sowie die Südchinesische See konzentriert. Dies ist im wesentlichen auch der Perimeter chinesischer militärischer Machtprojektion.

Was den Charakter und die Einordnung der Streitkräfte in das politische System Chinas angeht, wurde durch Jiang Zemin auf dem 16. Parteitag im November 2002 noch einmal unmissverständlich klargestellt, dass die VBA eine Parteiarmee bleibt und sich keinesfalls zu einer ideologisch unabhängigen Nationalarmee wird entwickeln dürfen.<sup>17</sup> Der Zugriff der Partei über die Politische Hauptabteilung der VBA und das (innerhalb der Streitkräfte durchaus unbeliebte) System der Politischen Kommissare und Direktoren auf allen Ebenen bis hinunter zu den Kompanien wird demnach erhalten bleiben. Diese Einordnung macht die VBA ebenso wie die BVP zu entscheidenden Machtmitteln der Partei im Inneren des Landes. Über die Landesgrenzen hinaus bleibt ihr Einsatzradius auf absehbare Zeit sehr beschränkt – wenn auch in der Taiwan-Frage ein Einsatz ohne Rücksicht auf nationale und internationale Kosten und Verluste möglich, aber nicht sehr wahrscheinlich bleibt.

## Der außen- und sicherheitspolitische Entscheidungsapparat

Im Vergleich zu anderen großen Staaten hatte die politische Führung der Volksrepublik aufgrund weitgehend personalisierter Entscheidungsmechanismen und einer ausgeprägten Selbstzentriertheit des Landes jahrzehntelang weite außenpolitische Handlungsspielräume bei der Verfolgung ihrer Interessen aber auch bei plötzlichen Kursänderungen und Lagerwechseln.<sup>18</sup> Mit dem Öffnungs- und Reformprozess wurden die außenpolitischen Handlungsfelder zahlreicher und vielschichtiger, zudem stiegen die erwartbaren Kosten für Sonderwege mehr und mehr. Die Volksrepublik China kam daher nicht umhin, auch ihren außen- und sicherheitspolitischen Entscheidungsapparat zu modernisieren, zu professionalisieren und – im Ergebnis – auch zu dezentralisieren, wenngleich sich an der Suprematie des *top leadership* nichts Grundlegendes verändert hat. Allerdings bestätigen auch die Ergebnisse des 16. Parteitages die veränderten Erwartungen an die oberste Elite von Staat und Partei: War die erste Führungsgenerationen um Mao Zedong noch durch kriegs- und revolutionserprobte Kämpfer dominiert, die zumeist über keine systematische Ausbildung oder gar Erfahrungen in der Führung von Ministerien und Verwaltungen verfügten, erhöhte sich unter Deng Xiaoping und vor allem unter Jiang Zemin die Zahl praxiserfahrener Akademiker auf allen Führungsebenen. Auch alle seit November 2002 im Amt befindlichen Mitglieder des Ständigen Ausschusses des Politbüros, dem obersten Leitungsgremium der KPCh, haben technische Studienrich-

tungen absolviert und das klassische Sozialisationsrepertoire in Betrieben, Massenorganisationen und Parteigremien hinter sich gebracht. Sie blicken alle auf eine erfolgreiche Funktionärskarriere zurück, die ihnen keine Visionen und Initiativen, sondern professionelle Pflichterfüllung abverlangte. Große politische Entwürfe sind von diesem Führungsgremium nicht zu erwarten, vielmehr die Konzentration auf die Lösung der gewaltigen Probleme, die den internen Transformationsprozess des Landes begleiten. In diesen Kontext gehört auch das Management der komplexen Außenbeziehungen des Landes unter den Vorzeichen der Globalisierung.<sup>19</sup> Angesichts des weitgehenden Fehlens einer außen- und sicherheitspolitischen Kernkompetenz im obersten Führungsgremium hat die Bedeutung des nachgeordneten Apparates zugenommen.

Die Professionalisierung des außen- und sicherheitspolitischen Entscheidungsapparates<sup>20</sup> hat auch auf der Ebene des Staatsapparates in den Ministerien Platz gegriffen. Sowohl das Außenministerium als auch das Außenhandels- und das Verteidigungsministerium entsenden seit Jahren ihren Führungsnachwuchs zu Studium und Arbeitspraxis vornehmlich ins westliche Ausland. Die meisten der 40 bis 50jährigen ministerialen Spitzenkräfte verfügen mittlerweile über internationale Biographien nach Einsätzen in Auslandsvertretungen oder zwischenstaatlichen Organisationen. Die Binnendifferenzierung in den Ministerien wird intensiviert und die entsprechenden Abteilungen werden mit adäquat ausgebildeten Fachleuten besetzt.

Zu den Veränderungen im außen- und sicherheitspolitischen Entscheidungsapparat gehört auch eine wachsende Zahl von mehr oder weniger unabhängigen *think tanks*, deren Experten ebenfalls zunehmend von einem breiten internationalen Wissenschaftsaustausch profitieren. Vor allem in wirtschaftlichen und technologischen, aber auch in regional- und landeskundlichen Fragen haben diese Spezialisten in steigendem Maße Zugang zu den *policy makers*.

Diese Professionalisierungsprozesse sind allerdings nicht nur auf der Ebene der Ministerien und ihrer nachgeordneten Bereiche, sondern auch in den Provinzen und Metropolen sowie den Parteigliederungen und Massenorganisationen mit unterschiedlicher Intensität vorangetrieben worden. Die Koordination (*xietiao*) der unterschiedlichen mit Außenbeziehungen befassten Institutionen und Organisationen durch übergreifende *Leading Small Groups* (LSG), gehört angesichts ausgeprägter Tendenzen zum Eigenleben der verschiedenen Gliederungen zu den bleibenden Herausforderungen für die hier in Verantwortung stehenden Ministerien.

Die hier aufgezeigten Bemühungen um eine Modernisierung und Professionalisierung des außen- und sicherheitspolitischen Entscheidungsapparates sind noch gradueller, aber wohl doch substanzieller Natur. Nach wie vor sind die strategischen Entscheidungsmechanismen in einer kleinen Führungsgruppe stark personalisiert, auch stellt sich das außenpolitische Akteursensemble Chinas dem externen Beobachter mitunter als vielstimmig oder unkoordiniert dar. Gleichwohl werden durch die hier beschriebenen Prozesse die willkürlichen Handlungsspielräume der obersten Elite wenn auch in kleinen Schritten verringert, die Entscheidungsabläufe in Regeln und Strukturen eingebunden und das Verhalten Chinas insgesamt kompatibler mit dem übrigen internationalen System.

## Ausgewählte Handlungsfelder

Wie wird sich vor dem Hintergrund der bis hierher dargelegten Prämissen, Interessen und Maximen Chinas Verhalten im internationalen Bereich entwickeln? Diese Frage soll anhand einiger ausgewählter Handlungsfelder untersucht werden.

Im Zentrum aller außen- und sicherheitspolitischen Orientierungen und Überlegungen in China stehen die USA, deren Perzeption im Lande mit unverhohlener Bewunderung und gleichzeitiger Skepsis durchaus ambivalent ausfällt. Bewundert wird der Erfolg des marktwirtschaftlichen Systems, kritisiert – mitunter bis zum offenen Antiamerikanismus gesteigert – wird das aus chinesischer Sicht arrogante Verhalten der USA bei der machtvollen Ausbreitung ihrer Vorstellungen und Interessen. Umgekehrt schwanken auch die USA in ihrer Wahrnehmung Chinas seit der Öffnung des Landes und vor allem seit 1989 zwischen „strategischer Partnerschaft“ und „strategischer Konkurrenz“. Die Gründe hierfür sind vielgestaltig, sie reichen vom unvermuteten Erfolg des chinesischen Reformprozesses über die daraus resultierende gegenseitige Verflechtung (die ja auch gegenseitige Verletzlichkeit einschließt) bis hin zu militärischen Bedrohungsängsten.<sup>21</sup> Das beiderseitige Verhältnis kann auf eine Formel dergestalt gebracht werden, dass China seine Unterlegenheit fürchtet, während die USA einen Aufstieg des Landes mit Sorge betrachten. Die hierauf jeweils bezogenen politischen Handlungsmaximen (Zugewinn an Stärke auf der einen, Versuche des *containment* auf der anderen Seite) haben die problematischen Implikationen des beiderseitigen Verhältnisses lange Zeit weiter verstärkt.

Eine deutliche Verbesserung im beiderseitigen Verhältnis hat sich nach dem 11. September 2001 eingestellt. Beijing hat sich im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen sehr konstruktiv gezeigt und sich (wenn auch nur verbal) in die internationale Allianz gegen den Terror eingefügt. Washington hat im Gegenzug auf Chinas Drängen hin eine kleine Islamistenorganisation namens *East Turkestan Movement* auf die Liste internationaler Terrororganisationen gesetzt und sieht über die unter Menschenrechtsaspekten mehr als bedenklichen Vorgehensweisen der chinesischen Staatssicherheitsorgane hinweg. Die Eröffnung eines FBI-Büros im Oktober 2002 wäre noch eineinhalb Jahre zuvor auf beiden Seiten völlig unvorstellbar gewesen.<sup>22</sup> Inzwischen ist der gegenseitige Dialog wieder in vollem Umfang aufgenommen, von den dichten Gipfelbegegnungen zwischen Jiang Zemin und George W. Bush bis 2002 bis hin zu Routinegesprächen zwischen den militärischen Eliten. Im Frühjahr 2004 aufgetretene Irritationen über Menschenrechtsfragen wurden bald beiseitegelegt und der Menschenrechts- wie auch strategische Dialog zwischen China und den USA im Herbst 2004 wieder aufgenommen. Inwieweit beide Seiten diese Phase weitgehender Interessenübereinstimmung in einer zentralen weltpolitischen Frage dazu nutzen, ihr heikles Verhältnis auf eine neue Basis zu stellen, bleibt abzuwarten. Beide Seiten sind sich – trotz völlig unterschiedlicher Voraussetzungen – hinsichtlich ihrer Beharrung auf Souveränität und Entscheidungsfreiheit, ihrer kulturellen Selbstgewissheit und auch ihres Machtbewusstseins ähnlich genug, um auch künftig wieder zu Konflikten zu gelangen. Zumindest in der nächsten Zeit jedoch dürfte China schon aus innenpolitischen Zwängen heraus für sich selbst eine eher untergeordnete Rolle akzeptieren.

Mit den sino-amerikanischen Beziehungen untrennbar verbunden ist die Taiwanfrage. Während der Zeiten des *US-China Bargain* in den 1970er und 1980er

Jahren stellte diese Problematik trotz der amerikanischen Beistandsverpflichtungen für Taiwan insofern keinen Brennpunkt dar, als sowohl das Festland als auch das Regime der Jiangs auf Taiwan an der Wiedervereinigung festhielten – zu ihren jeweiligen Bedingungen. Mit der nach dem Tod von Präsident Jiang Jingguo im Jahre 1988 einsetzenden Entwicklung Taiwans zu einer rechtsstaatlichen Demokratie, zunehmendem wirtschaftlichem Erfolg sowie einer wachsenden taiwanesischen Identität spielt im festlands-chinesischen Denken die Gefahr einer Unabhängigkeitserklärung eine immer größere Rolle. In diesem Falle würde die Volksrepublik wohl tatsächlich mit allen militärischen Mitteln gegen die Insel vorgehen. Der Status quo ist dadurch gekennzeichnet, dass Taiwan eine Wiedervereinigung auf der Grundlage der Formel „Ein Land – Zwei Systeme“ ablehnt und auch intensivierte Beziehungen und Verbindungen (*three links*) argwöhnisch gegenübersteht. Die Volksrepublik versucht mit einer *stick and carrot* –Strategie aus unverhohlenen Kriegsdrohungen und Zugeständnissen schrittweise zu aus ihrer Sicht substanziellen Fortschritten zu kommen. Voraussichtlich dürfte das gemeinsame Interesse an der fortschreitenden wirtschaftlichen Verflechtung über die Formosa-Straße hinweg zu einer schrittweisen Verbesserung des *modus vivendi* beitragen.<sup>23</sup> Auch haben die USA dem taiwanesischen Präsidenten Chen Shuibian im Zuge seiner Wahlkampagne im März 2004 klar zu verstehen gegeben, dass sie politische Initiativen ablehnen, durch welche die Volksrepublik provoziert werden könnte.<sup>24</sup>

Auch auf anderen Feldern wird China in den kommenden Jahren und wahrscheinlich Jahrzehnten großen Pragmatismus und eine zurückhaltend-konstruktive Politik zeigen. Dies gilt für die Kooperation in der seit Ende 2002 wieder akuten Nord-Korea-Krise, zu deren Bewältigung China den USA das Feld weitgehend überlassen hat, ihnen aber – etwa als Moderator der Sechs-Nationen-Gespräche mit Rußland, Japan und den beiden Koreas – durchaus sekundiert. China wird in der Auseinandersetzung um die in der Südchinesischen See gelegenen Spratley-Inseln, wo mit den Philippinen, Malaysia, Vietnam, Singapur und Brunei Streitigkeiten über die Ausbeutung von Bodenschätzen bestehen, zumindest als Status-quo-Macht auftreten, sich auf anderen Gebieten wie der Schaffung einer südostasiatischen Freihandelszone im Konzert mit den ASEAN-Staaten konstruktiv engagieren. Mit Indien und Japan wird es seine Bemühungen um einen Ausgleich vorantreiben. Chinas Engagement im globalen Bereich dürfte vorläufig beschränkt bleiben und sich vornehmlich in einer etwas engeren internationalen Kooperation im Rahmen von VN-Friedensmissionen vollziehen. Das zentrale außenpolitische Interesse Chinas bleibt strikt auf die Stabilität seiner unmittelbaren Umgebung und den fortschreitenden Ausgleich mit den größeren Mächten gerichtet.

## Perspektiven

Die Volksrepublik China ist immer noch mehr eine *candidate superpower* (Jonathan Pollack) als dass sie den Weltmachtstatus bereits erreicht hätte. Ihr Weg ist durch eine Reihe schwieriger Hindernisse vor allem im Inneren gekennzeichnet, die den weiteren Aufstieg Chinas in die erste Liga der Welt scheitern lassen könnten.<sup>25</sup> Ein solches Scheitern hätte indes nicht nur für China, sondern angesichts seiner en-

gen globalen Verflechtung dramatische Auswirkungen für das gesamte internationale System. Es liegt daher im globalen Interesse, China auf der Gratwanderung seines Weges zwischen Sozialismus und Marktwirtschaft konstruktiv zu begleiten. Für die Dauer dieses Prozesses wird China sich voraussichtlich ebenfalls als berechenbarer Partner erweisen, der die Spielregeln der internationalen Politik mehr und mehr akzeptiert. Aber was kommt danach? Bauen die westlichen Demokratien eine Weltmacht China auf, die sich dann als strategische Herausforderung darstellt? Schon jetzt wird China in vielen Ländern angesichts auseinanderklaffender Handelsbilanzen als *production threat* wahrgenommen. Wird sich eine Bedrohung auch in anderen Feldern zeigen? Dagegen ist einzuwenden, dass China durch das internationale System viel stärker verändert wird als umgekehrt. Zwar wird China auf absehbare Zeit eine „Entwicklungsdiktatur“ (Konrad Seitz) bleiben, sich jedoch auch politischen Reformen im Inneren nicht verschließen können. Ob es die Bekämpfung der erstickenden Korruption oder die sich ausdifferenzierenden Entscheidungsprozesse einer komplexer und dezentraler werdenden Gesellschaft sind – an mehr Partizipation und Kontrolle auf der Grundlage rechtlicher Normen und geregelter Verfahren wird kein Weg vorbeiführen. Chinas Weg zu einer wirklichen Großmacht wird langfristig über diese politischen Reformen im Inneren verlaufen. Vom Ausgang dieser Entwicklungen wird es dann abhängen, ob sich die Welt vor einem starken China fürchten muss.

## Anmerkungen

- 1 Siehe Fairbank, John K. 1991, Geschichte des modernen China S.119ff;
- 2 Zur chinesischen Außenpolitik während der Ost-West-Konfrontation siehe ausführlich Gu, Xuewu 1998, Die Ausspielung der Barbaren, Baden-Baden
- 3 Vgl. Brahm, Lawrence J (Hrsg.) 2001, Chinas Jahrhundert. Die Zukunft der nächsten ökonomischen Supermacht hat bereits begonnen. Weinheim, S. 498f;
- 4 Siehe *Far Eastern Economic Review*, 3. Oktober 2002, S. 32;
- 5 Asian Development Bank 2003: Private Sector Assessment in the People's Republic of China, Manila, S. 7
- 6 White Paper 2002: China's National Defense in 2002, Information Office of the State Council, Beijing December 2002. Hier insbesondere: Kapitel VI und VII, siehe auch Appendix II: Major Military Exchanges with other Countries; Das Weißbuch ist in englischer Sprache zu finden unter: [www.china.org.cn](http://www.china.org.cn);
- 7 Siehe hierzu auch: Moore, Thomas G./Yang, Dixia 2001: Empowered and Restrained: Chinese Foreign Policy and the Age of Economic Interdependence. In: Lampton, Michael (Hrsg.) 2001, The Making of Chinese Foreign and Security Policy, Stanford, S. 191-229;
- 8 Die besondere Bedeutung der Fünf Prinzipien für die Gestaltung der chinesischen Außenpolitik hat der scheidende Jiang Zemin auf dem 16. Parteitag im November 2002 nochmals unterstrichen. Die Rede ist unter [www.china.com.cn/16](http://www.china.com.cn/16). Party Congress abrufbar;
- 9 Siehe exemplarisch den Beitrag des früheren chinesischen Außenministers Tang Jiaxuan in Brahm 2001 (EN 3), S. 82-88;
- 10 Die hier verwendete Fassung ist in einem veröffentlichten Redemanuskript des Stellvertretenden Generalstabschef der Volksbefreiungsarmee, General Xiong Guangkai niedergelegt. Die Rede wurde am 19. November 2002 an der Nationalen Verteidigungsuniversität vor hochrangigen Offizieren aus rund sechzig Ländern gehalten.
- 11 So 1997 gegen eine Verifikationsmission in Guatemala und 1999 gegen die Verlängerung des Mandates für die VN-Blauhelmschutztruppe UNPREDEP in Mazedonien.

- 12 Vgl. hierzu ausführlich Urayama, Kori, China Debates Missile Defense. In: *Survival*, 46, Summer 2004, S. 123-142
- 13 Vgl. White Paper 2002, Appendix IV(siehe EN. 6);
- 14 So etwa 2002 im Regionalkonzept Ostasien der Bundesregierung, S. 7. Zu finden unter: [www.auswaertiges-amt.de](http://www.auswaertiges-amt.de);
- 15 Über die Bereitschaft zu verstärktem internationalem Engagement belastbare Informationen zu erhalten, ist alles andere als leicht. Zumeist wird das bislang auf diesem Gebiet Geleistete in mitunter überhöhter Weise vorgestellt. Die hier wiedergegebene Sichtweise vertrat der Stellvertretende Chef des Generalstabes der PLA, General Xiong Guangkai, Ende 2002 im Gespräch mit dem Autor.
- 16 Zur Rolle der ZMK siehe: Swaine, Michael D. 1996: *The Role of the Chinese Military in National Security Policymaking*. Santa Monica (RAND);
- 17 Siehe Abschnitt 7 in der Rede von Jiang Zemin von dem 16. Parteitag (EN 8) sowie China aktuell, November 2002, Nr. 5;
- 18 Siehe Nathan, Andrew J./Robert S. Ross (1997): *The Great Wall and the Empty Fortress*. New York, S. 14.
- 19 Vgl. Gareis, Sven Bernhard: Personelle Erneuerung – Politische Kontinuität. China nach dem 16. Parteitag der KPCh. In: *Internationale Politik* (12) 2002, S. 51-56;
- 20 Zur Professionalisierung des außenpolitischen Entscheidungsapparates siehe: Ning, Lu (2001): *The Central Leadership, Supraministry Coordinating Bodies, State Council Ministries and Party Departments*. In: Lampton 2001 (EN 7), S. 39-60;
- 21 Siehe hierzu Lampton, Michael 2001, *Same Bed Different Dreams. Managing U.S.-China-Relations 1989-2000*, Berkeley Los Angeles London, vor allem S.2-11;
- 22 Siehe hierzu den geradezu begeisterten Beitrag in *People's Daily* vom 25. Oktober 2002
- 23 Zur Taiwan-Problematik siehe: Schoettli, Urs: Politikwechsel in Taiwan. Neue Perspektiven für die Beziehungen zu Beijing In: *Internationale Politik* (2) 2002, S. 45-50, sowie Möller, Kay 1998, *Sicherheitspartner Peking?* Baden-Baden, S. 194-207;
- 24 Vgl. Swaine, Michael 2004, *Trouble in Taiwan*. In: *Foreign Affairs*, March/April 2004, S. 39-49;
- 25 Sehr dezidiert äußert sich hierzu Chang, Gordon 2001, *The Coming Collapse of China*, New York;